



Medienmitteilung

Visp, 24. Januar 2018

Ja zu Medienvielfalt im Oberwallis

Ein breit abgestütztes Komitee bekämpft im Wallis die irreführende und schädliche No-Billag-Initiative. Die Folgen einer Annahme der Initiative wären verheerend. Kanal9/Canal9, RRO, RhôneFM und Radio Chablais müssten den Betrieb einstellen. Die SRG könnte den nationalen Service public nicht mehr aufrechterhalten. Die Initiative schadet damit der Medienvielfalt und der direkten Demokratie. Im Wallis würden rund 200 Arbeitsplätze verloren gehen. Für die Konsumenten würde die Annahme der Initiative auch höhere Kosten verursachen.

Am 4. März 2018 kommt die Volksinitiative No Billag zur Abstimmung. Wie in anderen Regionen hat sich auch im Wallis ein breit abgestütztes Komitee gegen diese irreführende und schädliche Initiative gebildet. Das Komitee hat heute in Visp seine Argumente dargelegt.

No Billag gefährdet Kanal9 und RRO

Bei einer Annahme der Initiative könnten neben Radio RhôneFM und Radio Chablais auch die beiden Oberwalliser Regionalsender Radio Rottu und Kanal9 kaum weiter bestehen und müssten Ende 2018 den Betrieb einstellen. Die beiden Sender hängen existentiell von Einnahmen aus den Gebührenerträgen, den sogenannten Billag-Gebühren ab. Bei RRO machen die Gebühren rund 45% der Einnahmen aus und bei Kanal9 rund 50%. Ein Wegfall dieser Gebühreneinnahmen kann nicht durch andere Einnahmen kompensiert werden. Insbesondere der Werbemarkt ist dazu zu klein. Es ist kaum möglich, in einer Randregion wie dem Oberwallis zusätzliche Werbeeinnahmen zu generieren. Auch die SRG könnte nicht mehr in der heutigen Form weiter bestehen. Damit würde auch die nationale Berichterstattung durch Reporter aus dem Oberwallis wegfallen.

No Billag bedeutet das Ende der Medienvielfalt

Die schweizerische Medienlandschaft ist im Bereich Radio und Fernsehen geprägt durch die SRG, welche den nationalen Service public gewährleistet und die 34 regionalen Radio- und Fernsehsender wie Kanal9 und RRO, welche den regionalen Service public sicher stellen. Bei den Printmedien läuft bereits ein starker Konzentrationsprozess. Eine Annahme der Volksinitiative No Billag würde dazu führen, dass die SRG und die meisten der 34 regionalen Radio- und Fernsehsender verschwinden. Dadurch wird die Medienvielfalt in der Schweiz massiv eingeschränkt. Die Medienvielfalt ist aber wichtig, unter anderem für die politische Meinungsbildung. Ständerat Beat Rieder brachte es auf den Punkt: „Bei einer Annahme der Volksinitiative No Billag droht eine Verberlusconisierung der Medienlandschaft in der Schweiz“. Die Initiative stellt damit auch gewissermassen einen Angriff auf die direkte Demokratie in der Schweiz dar. Die heute in der Bundesverfassung verankerten Grundsätze einer unabhängigen Berichterstattung und Kontrolle durch eine unabhängige Instanz würden bei einer Annahme der Initiative wegfallen. Für Brigitte Wolf, Präsidentin der Grünen Oberwallis wäre dies demokratiepolitisch verheerend. Insbesondere der zweisprachige Sender Kanal9/Canal9 leistet zudem einen wesentlichen Beitrag zum Austausch über die Sprachgrenzen hinweg und damit zur Solidarität innerhalb des Kantons.

Bei einer Annahme der Initiative wird's für die Konsumenten teuer!

Ab dem 1. Januar 2019 kostet die Empfangsgebühr noch 365 Fr. pro Jahr. Oder anders gesagt: 1 Fr. pro Tag. Dank diesen Gebühren erhalten die Konsumentinnen und Konsumenten Informationen, Bildungsangebote, Unterhaltung und Sport. So ist es im Auftrag des Bundes an die SRG und die 34 regionalen Radio- und Fernsehsender definiert. Bei einer Annahme der Initiative fällt auch dieser Auftrag weg. Die Konsumentinnen und Konsumenten müssten dann die Angebote über andere Kanäle wie Bezahlangebote beschaffen. Bei UPC Cablecom kostet ein Grundanschluss rund 800 Fr. Für den Sportkanal kommen dann noch rund 300 Fr. dazu. Mit rund 1'100 Fr. ist nur schon dieses Spartenangebot somit fast dreimal teurer als es heute über die Empfangsgebühren bei der SRG ist. Auch wer gerne Filme online konsumiert, kommt wesentlich teurer weg. Denn die Online-Miete eines Filmes kostet rund 4 bis 7 Fr. Im Vergleich zu einem Franken Empfangsgebühren könnte so höchstens ein Film pro Woche konsumiert werden, sonst wird es sofort teurer! Und die meisten Konsumentinnen und Konsumenten werden wohl kaum nur Filme oder nur Sport schauen, sondern wünschen ein möglichst breites Angebot. Und dies ohne lästige Werbeunterbrechungen, wie sie bei den ausländischen marktwirtschaftlichen Sendern wie RTL oder Pro7 gang und gäbe sind. „Eine Ablehnung der Initiative liegt deshalb im Interesse der Konsumentinnen und Konsumenten“, zeigt sich SPO-Grossrat Gilbert Truffer überzeugt.

No Billag schadet unserem Kulturschaffen

Die SRG berichtete während mehrerer Tage Live vom eidgenössischen Jodlerfest in Brig. Das Wallis konnte sich hier von seiner besten Seite zeigen. Ebenso profitierte im letzten Sommer Simplon-Dorf vom Donnschtig-Jass. Wie sonst würde eine Gemeinde wie Simplon-Dorf mehr als eine Stunde Sendezeit bekommen, um sich präsentieren zu können? Von derartigen Übertragungen profitieren somit die Kulturschaffenden ebenso wie der Tourismus. Ohne die Empfangsgebühren wäre diese Leistung der SRG undenkbar. Die SRG gewährleistet den nationalen Service public. Dafür hat sie einen Auftrag des Bundes. Nicht zu unterschätzen ist dabei auch die Leistung der SRG für Behinderte. „Diese Leistungen sind möglich dank den Empfangsgebühren. Ein marktwirtschaftlicher Sender könnte nie eine vergleichbare Leistung bieten.“ Davon zeigte sich Nationalrätin Viola Amherd an der Medienorientierung überzeugt. Junge Talente aus dem Wallis profitieren ebenso von solchen Leistungen. Die Musiksender des Schweizer Radios bieten laufend Schweizer Künstlern eine Plattform. Olivier Imboden, Kommunikationschef Open Air Gampel, wies darauf hin, dass eine nationale Medienpartnerschaft mit der SRG für den Fortbestand eines Festivals unabdingbar ist. Die Medienpartnerschaft beruht auf einem «No-Cash-Deal» über mehrere hunderttausend Franken. Mit No Billag würden mehrstündige Livesendungen aus Gampel, redaktionelle Beiträge, sowie Sendehinweise im Vorfeld wegfallen. Dies hätte zur Folge, dass die nationale Werbung in den elektronischen Medien finanziell nicht mehr tragbar wird; potentielle Festivalbesucher können weniger gut erreicht werden. Auch im regionalen Bereich stünden Medienpartnerschaften, etwa mit RhoneFM oder Kanal9 auf der Kippe.

No Billag schadet der Wirtschaft

Bei einer Annahme der Initiative würden im Wallis rund 200 Arbeitsplätze bei Kanal9, RRO, Radio RhôneFM und Radio Chablais sowie der SRG wegfallen. Dies ist mit ein Grund, warum beispielsweise die Walliser Industrie- und Handelskammer die Initiative klar ablehnt. Auf der anderen Seite müssen die allermeisten KMU gar keine Empfangsgebühr bezahlen. Betriebe mit weniger als 500'000 Fr. Jahresumsatz sind von der Gebührenpflicht ausgenommen. Das sind gesamtschweizerisch immerhin drei Viertel aller Betriebe. Für grössere Betriebe gilt eine nach Umsatz abgestufte Gebühr. Diese fällt für diese Betriebe aber kaum ins Gewicht. Doch viele Wirtschaftsvertreter wie beispielsweise Fernando Lehner, Vorsitzender der Geschäftsleitung der Matterhorn Gotthard Bahn (MGBahn) sprechen sich aus viel weiter gehenden Gründen gegen die Volksinitiative aus. Er sagte an der Medienorientierung: „Als Wirtschaftsunternehmen sind wir auf eine sachliche, ausgewogene, faire und fundierte Berichterstattung angewiesen. Dies gilt sowohl für unser Unternehmen selbst als auch als Quelle für Informationen über aktuelle Entwicklungen in der Wirtschaft, im

Tourismussektor oder bei Partnern und Dienstleistern.“ Ende 2018 werden übrigens auch die lästigen Billag-Kontrollen wegfallen. Denn mit dem neuen System der Empfangsgebühren sind diese Kontrollen nicht mehr nötig. Damit fällt auch ein wichtiges Argument der Initianten weg. Der Titel der Initiative ist in diesem Sinne irreführend.

Kommunikation in Krisenzeiten

Die starken Schnee- und Regefälle zu Jahresbeginn haben das Oberwallis schwer getroffen. Zahlreiche Verkehrsverbindungen waren unterbrochen und Dörfer abgeschnitten. Regionale Sender wie RRO und Kanal9 sowie die lokal verankerten Korrespondenten der SRG haben sachlich berichtet und konnten die Geschehnisse einordnen. Unvergesslich sind auch die Leistungen dieser Sender bei den Hochwasserereignissen in den Jahren 1993 und 2000. Derartige Leistungen wird ein rein marktwirtschaftlicher Sender nie erbringen. Er hat in der Regel keine lokal verankerten Korrespondenten vor Ort und ist vor allem auf negative Schlagzeilen aus. Aus einer unterbrochenen Strasse wird schnell eine Katastrophensituation hochstilisiert. Eine derartige Berichterstattung hilft der einheimischen Bevölkerung nicht und schadet dem Tourismus. Es ist auch illusorisch zu meinen, man könne in Kriegszeiten einfach schnell einen Sender aus dem Boden stampfen, wie es die No-Billag-Initianten glauben. Damit ein Sender funktionieren kann, braucht es eine ausgebaute Infrastruktur (Sendeanlagen, Studio, usw.) und gut ausgebildete, lokal verankerte Medienschaffende. Dies kann man nicht innert weniger Monate aufbauen.

Ein irrwitziger „Plan B“

Der Schweizerische Gewerbeverband präsentierte zu Jahresbeginn einen „Plan B“ für den Fall, dass die Initiative angenommen würde. Nationalrat Thomas Egger bezeichnet diesen „Plan B“ als „irrwitzig und völlig unglaubwürdig“. So behauptete der Gewerbeverband, die Leistungen der SRG könnten in Zukunft über neue Bundes- und Kantonssubventionen, über mehr Werbeeinnahmen und über Pay-TV-Angebote finanziert werden. Doch all diese Optionen funktionieren nicht. Dass ausgerechnet der Gewerbeverband, der immer den Abbau von Subventionen fordert, neue Subventionen vorschlägt, ist schlicht unglaubwürdig. Zudem haben die Kantone gar keine Kompetenz im Medienbereich, und das würde auch bei einer Annahme der Initiative so bleiben. Zusätzliche Werbeeinnahmen sind gerade in den Bergregionen unmöglich zu generieren. Und mit Pay-TV-Angeboten würde der Medienkonsum letztlich deutlich teurer als heute mit den Empfangsgebühren. Dieser Plan B ist somit letztlich völlig unglaubwürdig und bestätigt nur, dass eine Annahme der Initiative massiven Schaden anrichten würde.

Breite Ablehnung gegen die Initiative

Das breit abgestützte Komitee unter dem Ko-Präsidium des Visper Gemeindepräsidenten Niklaus Furger, gleichzeitig Präsident der Vereinigung Walliser Städte, sowie Stéphane Coppey, Präsident von Monthey und Präsident des Walliser Gemeindeverbandes bekämpft aus den dargelegten Gründen die No-Billag-Initiative. Das Komitee wird in den nächsten Wochen vermehrt an die Öffentlichkeit treten, um die Bevölkerung über die schädlichen Wirkungen der Initiative zu informieren.

Für Rückfragen:

- Niklaus Furger, Gemeindepräsident Visp und Präsident der Vereinigung Walliser Städte, Co-Präsident des Walliser Komitees NEIN zu „No Billag“, Tel. 079 436 51 53
- Beat Rieder, Ständerat CVPO, Tel. 079 212 34 39
- Viola Amherd, Nationalrätin CVPO, Tel. 079 459 28 53
- Thomas Egger, Nationalrat CSPO, Tel. 079 429 12 55
- Gilbert Truffer, Grossrat SPO, Tel. 079 417 49 60
- Brigitte Wolf, Präsidentin Grüne Oberwallis, Tel. 079 456 95 54
- Fernando Lehner, Vorsitzender Geschäftsleitung MGBahn, Tel. 027 927 70 01
- Olivier Imboden, Kommunikationschef Open Air Gampel, Tel. 079 445 22 84